

Redaktion und Verwaltung:
Draht Titl.
Dělnická akademie
Praha II.
Hybernská ul. 7.

Intrate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.



Demokrat

Österreichischer Sozialdemokratischer Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Kf 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährig . . . 98.-
jährlich . . . 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (10 Bl.).

Sozialdemokratische Aufbauarbeit im Fürsorgeministerium.

Die Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter. — Wohnungsfürsorge. — Erhöhter Schutz Jugendlicher.

Ein erfreulicher Rechenschaftsbericht des Genossen Dr. Czech.

Prag, 27. März. Im Budgetausschuß des Senates konnte heute Genosse Dr. Czech
bereits eine erfreuliche Uebersicht über die enorme Tätigkeit des Fürsorgeministeriums seit
seinem Amtsantritt geben, die durch den Gegensatz zu der Lethargie, in der das Minister-

Genosse Dr. Czech führte in seinem Exposee aus:
In einem eingehenden Exposee habe ich am 12.
Februar des Jahres im Budgetausschuße des Ab-
geordnetenhauses die nächsten Aufgaben und pro-

Heute, schon nach wenigen Wochen, kann wohl
gesagt werden, daß es dem Ministerium gelun-
gen ist, einen Teil der Aufgaben, die es sich
gesteckt hat, der Verwirklichung näher zu brin-

Was geschehen ist, das bedeutet noch lange nicht die
Lösung der schwierigen Probleme, die der neuen
Regierung bei der Uebernahme des Amtes zugefal-

In seiner großen Kundgebung vom 7. März hat
der Herr Präsident die unmitttelbaren Not-
wendigkeiten der nächsten Zeit mit aller
Klarheit aufgezeigt. Er verwies, allen anderen Fra-

Die Arbeitslosigkeit,

welche in den großen Staaten einen bedrohlichen
Umfang angenommen hat und die, wie er sagte,
auch uns zwingt, auf der Hut zu sein. Hier hat der
Präsident den Finger an die Wunde gelegt und,

Während die Zahl der Arbeiter, die sich bis
Ende Jänner dieses Jahres bei den Arbeitsvermitt-
lungsbüroen meldeten, 73.891 betrug, stieg sie bis
Ende Feber auf 85.852 und erhöhte sich so gegenüber
dem gleichen Monate des Vorjahres, der 55.224 An-

Nichts war daher selbstverständlicher,
als daß die Vorforsorge zur Verringerung der Ar-
beitslosigkeit in den Mittelpunkt der Aufgaben
des Ministeriums gestellt wurden.

Hier war es vor allem möglich, die
außerordentliche Unterstützungsaktion,

auf das intensivste gefördert und alle Kräfte für
eine möglichst umfassende Beschäfti-
gung der Betriebe eingesetzt.

Genter System.

Hand in Hand gingen damit die Vorkarbeiten
zur Novellierung des Genter Systems, deren
Grundgedanken die Verlängerung der Unterstüt-
zungsdauer, die Erhöhung der Staatsleistungen
zur Entlastung der durch die Auszahlung der
Arbeitslosenunterstützung in argen Notstand ge-

Der dadurch notwendig werdende finanzielle
Aufwand wird den zur Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit vorgesehenen budgetären Kredit um

besoldete Personen handelt, ein Einkommen von
über 68.000 Kronen beziehen, wurden Mietzind-
erhöhungen und auch hier nur unter sozialer
Absichtung bei vorhandener größerer Kinderzahl
zugelassen.

Von dieser Mietzindserhöhung werden nur 3,8
Prozent sämtlicher Steuerzahler, in Wirklich-
keit aber ein noch geringerer Prozentsatz betroffen,
da ein Teil dieser Personen eigene Wohnungen be-
sitzt und ein Großteil der Mieter von jeder Steuer-

Einsetzung einer Wohnungskommission.

Im übrigen bleibt die definitive Lösung des
Wohnungsproblems, die alle Fragen des Bau-
und Wohnungswesens in grundlegender Weise
regeln soll, einer aus Vertretern der parlamen-
tarischen Parteien und der zuständigen Fach-
organisationen zusammengesetzten Kommission
vorbehalten, die spätestens Anfang Mai zusam-

Demission des Reichskabinetts.

Nähere Meldungen auf Seite 3.

Selbstverständlich werden die
Vorkarbeiten zur Schaffung einer obligatorischen
Arbeitslosenversicherung

tropaladem ihren Fortgang nehmen. Die Kom-
mission zur Ausarbeitung des Entwurfes ist be-
reits ernannt und wird ihre Arbeiten schon in
aller nächster Zeit in Angriff nehmen.

Bau- und Wohnungsfürsorge.

Aber auch noch ein zweites Problem steht
augenblicklich im Vordergrund des Interesses. Es
ist das schwierige Problem der Bau- und Woh-

Mit Benützung kann hier festgestellt wer-
den, daß die vom Ministerium für soziale Für-
sorge eingebrachte Vorlage auf Bewilligung
eines Aufwandes von jährlich 20 Millionen K
zur Gewährung eines Annuitäten- und Amorti-

Die Vorlage wird eben im Abgeordnetenhaus
verhandelt und schon in den nächsten Tagen parla-
mentarisch verabschiedet werden. Damit wird die
Möglichkeit gegeben werden, weit über das
im ersten Exposee gezeichnete Wohn-

mit dem Baue von mehr als 20.000 einzim-
migen Wohnungen, sowie mit der Erbauung
kleinerer Werkstätten zu beginnen und so zum
ersten Male seit dem Jahre 1924 der bisherigen
staatlichen Wohnbauförderung eine großzügige,

Selbstverständlich wird der Bedarf nach sogenannten
Kleinwohnungen nur zu einem Teil gedeckt
werden können. Aber

die Öffentlichkeit wird es sicher mit Freuden
begrißen, daß endlich die etappenweise Lösung
des so brennenden Wohnbauproblems in An-
griff genommen wurde, wodurch gleichzeitig
und gerade in einer Zeit zunehmender Arbeitslosig-

Mieterschutz.

Auf dem Gebiete des Mieterschutzes wur-
den die einschlägigen Gesetze bereits im Abgeordne-
tenhaus verabschiedet. Das Entscheidende der Lö-
sung ist, daß bis auf die Bestimmung zugunsten
der Kinder des Hauseigentümers, die durch Ehe-
schließung einen Hausstand zu gründen beabsichtigen,
an dem Räumungsschutz nicht gerüttelt
wurde. Aber auch bei der Mietzins-erhöhung
wurde daran festgehalten, daß die bedürftigen Schich-
ten der Bevölkerung davon ausgenommen werden.
Nur bei jenen Mietern, die ein Einkommen von
über 60.000 Kronen, resp. soweit es sich um fest-

mentreten, und mit der Vorbereitung eines de-
finitiven Bau- und Wohnungsgesetzes betraut
werden soll.

Invalidenvorlagen.

Aber auch darüber hinaus ist auf sozialpoliti-
schem Gebiete in den letzten Wochen manches ge-
schehen. So hat das Ministerium die von ihm ange-

Vorlage, welche die kräftesten Härten auf dem
Gebiete der Invalidenfürsorge aus der Welt
schaffen will,

bereits zur interministeriellen Verhandlung über-
reicht. Die Entscheidung über das Schicksal der Vor-
lage ist noch nicht getroffen. Dies soll im Rahmen
des Gesamtkomplexes der zur Verhandlung stehenden
großen wirtschaftlichen Fragen geschehen.

Inzwischen wurde bereits der
Invalidenfond,

der ein Vermögen von rund 7 Millionen besitzt und
gewisse, durch die Kriegsbeschädigtengesetzte herbei-
geschaffte Härten ausgleichen soll, vom Ministerrat
genehmigt. Der als beratendes Organ dieses Fonds
eingesetzte Beirat wurde in den letzten Tagen bereits
ernannt, so daß schon im heurigen Jahre mit der
Verteilung des sich auf zirka 280.000 Kronen belau-

Ueberaltertenfürsorge.

Das Ministerium hat bei alledem der Ueber-
alterten nicht vergessen,

deren Besserstellung in dem Augenblicke, da die
Regierung die Lösung des Pensionistenproblems in
Angriff genommen hat, sicherlich ein Gebot der
Stunde ist. Das Ministerium hat mit den bezüg-
lichen legislativischen Vorkarbeiten bereits
begonnen und hofft, sehr bald mit konkreten An-
trägen hervortreten zu können. Auch hier liegt aber
die Entscheidung der Mehrheit noch nicht vor. Sie
wurde den Verhandlungen über das große Pro-
gramm der Koalition vorbehalten.

Jugendfürsorge.

Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wurde
das Versprechen des ersten Exposee nach Erlassung
einer

Regierungsverordnung zum Pflegeaufsichtsgesetz
vom Jahre 1921
bereits eingelöst. Die Regierungsverordnung wurde
bereits vom Ministerrat verabschiedet.

Damit wurden für einen Kreis von rund
380.000 schuldbedürftigen, unehelichen, sowie in
fremder Pflege befindlichen Kindern alle not-
wendigen Schutzvorfragen in erzieherischer und
kultureller Richtung getroffen.

Eingelöst wurde auch weiter das Versprechen
des Exposee nach

(Schluß auf Seite 2.)

Ein Rechenschaftsbericht.

Der Minister für soziale Fürsorge, Dr.
Czech, hat gestern im Budgetausschuß des
Senats ein Exposee gehalten, das wir an an-
derer Stelle veröffentlichen, zu dem aber auch
hier ein Wort gesagt werden muß. Die Aus-
führungen des Genossen Dr. Czech sind nicht
vage Versprechungen, sie ergeben sich nicht in
schön gedrehten Redewendungen, sondern
sie geben schlicht und klar eine Uebersicht über
die seit seinem Amtsantritt geleistete und in
Angriff genommenen Arbeiten. Aber gerade in
ihrer Schlichtheit, in der nüchternen Aufzäh-
lung von Tatsachen werden sie auf niemanden
ihre Wirkung verfehlen. Was Dr. Czech dar-
über zu berichten wußte, es ist sowohl ein Be-
weis erfolgreichen Wirkens der sozialistischen
Parteien in der Regierung, als auch ein, wenn
auch von ihm bescheidenere Weise nicht eingestan-
dener Beweis seiner aus tiefem sozialen Ver-
ständnis und Verantwortungsgefühl erwachse-
nen Mäßigkeit, mit der er sein Ressort leitet.

Noch sind keine vier Monate verflossen,
seitdem die sozialistischen Parteien in die Re-
gierungsmehrheit eingetreten sind, aber schon
jetzt zeigen sich sichtbare Spuren ihres Ein-
flusses, ihrer Tätigkeit in der Verwaltung und
Gesetzgebung. Wenn wir dies sagen, so sind
wir uns natürlich der Grenzen und Möglich-
keiten einer sozialistischen Mitarbeit innerhalb
einer Regierung, in der bürgerliche Parteien
die Mehrheit bilden, voll bewußt. Nicht einmal
eine rein sozialistische Regierung könnte im
Handumdrehen — und gerade Sowjetrußland
ist dafür der beste Beweis — die Grundlagen
der kapitalistischen Wirtschaftsweise ändern
und das dadurch bedingte Los der arbeitenden
Menschen sofort grundlegend ändern. Selbst-
verständlich kann die Tätigkeit der Sozialisten
nur eine kontrollierende, in Verwaltung und
Gesetzgebung auf Erleichterungen und Ver-
besserungen der Lage der erwerbstätigen Mas-
sen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht
hindernde sein, eine Arbeit, die unter den
gegebenen Verhältnissen allein schon die größ-
ten Anstrengungen erfordert, wenn sie erfolg-
reich sein soll. In diesem Sinne nun darf ge-
sagt werden, daß das Menschenmögliche getan
worden ist und daß es getan werden konnte,
das dürfen die sozialistischen Parteien und
darf insbesondere der Fürsorgeminister sich
als ein dankenswertes Verdienst buchen.

Kaum vier Monate! Vordem stand durch
vier Jahre an der Spitze des Fürsorgeministe-
riums ein dem Religionsbekenntnisse und der
Parteizugehörigkeit nach christlich gesinnter
Mann, Priester und Prälat sogar, also ein
sozusagen durch Amt, Religionslehre und Par-
teiprogramm zu Werken der sozialen Hilfe
Prädestinierter und Verpflichteter, aber wie
unfruchtbar waren die Jahre seines Wirkens,
das eher einer Verhinderung, als einer För-
derung unserer arg rückständigen sozialen
Fürsorge gleichkam! Es muß dies gesagt wer-
den, da ja die Gesinnungsverwandten dieses
Mannes, die deutschen Christlich-so-
zialen, sich in der Rolle der gehässigsten
Kritiker der gegenwärtigen Regierung ausneh-
mend gut gefallen. Nicht vier Jahre, kaum
vier Monate ist ein Sozialdemokrat Fürsorge-
minister, aber man lese das einem Rech-
enschaftsbericht gleichende Exposee, das er gestern
im Budgetausschuß vortrug und man wird
schon jetzt den Unterschied zwischen bürger-
licher, in diesem besonderen Falle: Kerikaler,
und sozialistischer Verwaltung und Leitung des
Ministeriums für soziale Fürsorge im beson-
deren, sozialistischer Mitregierung im allge-
meinen auf den ersten Blick merken. So war
es früher, so ist es heute. An der Hand der
Ausführungen Dr. Czechs ist ein Vergleich
für alle, welche die aus sozialem und antiso-
zialem Geiste geborene Tätigkeit des Bürger-
blocks in Erinnerung behalten haben — und
wer sollte dies nicht! — spielend leicht. Nichts
Grundstürzendes ist geschehen und konnte
auch nicht geschehen, aber was geschah, das zu
verkleinern kann nur kleinlicher Bosheit, partei-
licher Voreingenommenheit und Borniertheit
beifallen.

# Sozialdemokratische Aufbauarbeit.

(Schluß von Seite 1.)

Die Öffentlichkeit sieht nur die fertigen Maßnahmen, sie kennt nicht die großen Schwierigkeiten, unter denen sie zustande gekommen sind und es fehlt ihr daher leider auch die Kenntnis von der unfähig harten Arbeit, die jeder Fortschritt den sozialistischen Parteien als Aufgabe stellt. Daß sie hingebungsvoll geleistet wird, davon legt das Exposé des Fürsorgeministers bereites Zeugnis ab. Nicht nur die Zusammensetzung der Regierungsmehrheit, auch die Wirtschaftskrise und zahlreiche andere Probleme haben die sozialistischen Vertreter in der Regierung vor bedeutende Schwierigkeiten gestellt. Hier sei vor allem das Wohnungsproblem genannt. Ohne die Sozialisten in der Regierung wäre dieses Problem gewissermaßen mit dem Drehschlüssel „gelöst“ worden, das heißt, der Abbau des Mieterschutzes wäre in entscheidender Weise ohne Rücksicht auf das herrschende Wohnungselend und ohne Rücksicht auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten erfolgt. Gemäß der vom Fürsorgeminister eingebrachten Vorlagen werden von einer Mietzinsserhöhung nur 3,8 Prozent sämtlicher Steuerzahler und nur solche Mieter betroffen, die niemand unter die sozial Schwachen einzurechnen geneigt sein wird und gleichzeitig wird durch das Gesetz betreffend die Förderung der Wohnungsbauaktivität das Wohnungsproblem verheißungsvoll in Angriff genommen. Die Schaffung der Möglichkeit der Errichtung von jährlichen 20.000 einzimmerigen Wohnungen und kleiner Werkstätten, das allein ist schon eine bedeutsame Tat, der gegenüber die Unfruchtbarkeit der marktschreierischen Tätigkeit unserer Kritiker von links und rechts erst recht erkennbar wird. Und ist es nicht, wie das Fürsorgeministerium bestrebt ist, vor allem durch eine rasch eingeleitete vorläufige Unterstützungsaktion das ärgste Elend der Arbeitslosen unter der Textilarbeiterschaft zu lindern, um gleichzeitig und mit aller nur möglichen Beschleunigung alle Vorarbeiten zur Novellierung des Genter Systems mit Verdoppelung der Unterstützungsdauer und Erhöhung der Staatsleistungen in Angriff zu nehmen, ein vor der Vollaufnahme stehendes Werk, das sowohl den Arbeitslosen, wie auch den Kurzarbeitern wertvolle Hilfe in der Not bringen wird! Daneben sind auch schon die Vorarbeiten zur Schaffung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen. Doch auch aller anderen Gruppen der Hilfsbedürftigen wurde nicht vergessen. Die Vorlage eines Gesetzes, welches die schlimmsten Härten auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge zu beseitigen geeignet ist, steht ausgearbeitet im interministeriellen Verfahren bereits zur Verhandlung bereit und schon heuer wird wenigstens mit der Verteilung des sich auf 280.000 Kronen belaufenden Zinsetragnisses aus dem Invalidenfonds vorgegangen werden. Das Fürsorgeministerium hat auch der Ueberalterten nicht vergessen und es hat auf dem Gebiete der Jugendfürsorge durch Erlassung einer bereits vom Ministerrat genehmigten Verordnung zum Pflegeaufsichtsgesetz ein altes, doch bisher unerfülltes Versprechen eingelöst, ebenso wie das Versprechen nach Einführung eines Jugendinspektorats zum Schutze jugendlicher Arbeiter.

Wir wissen: auch nach Durchsetzung aller in Vorbereitung stehenden Maßnahmen wird es menschliches Elend noch genug geben, aber aus den Darlegungen des Fürsorgeministers muß jeder die Ueberzeugung gewinnen, daß die sozialistischen Parteien unter schwierigsten Verhältnissen bestrebt sind, noch über das Maß der unter den jetzigen Verhältnissen auf sie gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden. Sie sind nicht mit gleichenden Versprechungen in die Regierung getreten, aber sie sind durch rastlose Arbeit bemüht, zu erfüllen, was ihnen ihre sozialistischen Grundsätze vorschreiben. Wie arnisch nimmt sich, an dieser Arbeit gemessen, der Vorwurf mancher unserer Gegner aus, die Sozialisten hätten für das Budget, „für den Militarismus“ und anderes gestimmt. Alle diese Staatsausgaben wären selbstverständlich auch von jeder anderen Regierungsmehrheit bewilligt worden, nur eben, daß wenn die sozialistischen Parteien aus Doktrinarismus sich geweigert hätten, dies in dem vorläufig gegebenen Rahmen zu tun, sie dem Bürgerum allein hätten das Feld überlassen müssen, ohne die Möglichkeit zu erlangen, auf die Entwicklung in ihrem Sinne und zum Vorteile der arbeitenden Klassen Einfluß nehmen zu können. Durch solche an den politischen Unverstand appellierenden Anwürfe wird sich kein Denker irre machen lassen. Das Exposé des Fürsorgeministers ist ein Beweis, daß das Schicksal der arbeitenden Menschen in guten Händen ist und an dieser Erkenntnis werden alle Geschäftseigenen und Bosheiten unserer Gegner zuschanden werden!

## Verbreitet die Arbeiterpresse.

**Einführung eines Jugendinspektorats.**  
Indem im Zentralgewerbeinspektorat eine eigene Abteilung für den Schutz jugendlicher Arbeiter unter der Leitung des Herrn Ministerialrates Ing. Polorny eingerichtet und gleichzeitig verfügt wurde, daß bei sämtlichen Gewerbeinspektoraten des Landes ähnliche Einrichtungen geschaffen werden, die dann in der Zusammenarbeit mit dem beim Ministerium zu bestellenden Jugendbeschwerdebeiräte und mit den lokalen Jugendorganisationen die Grundlage für die

**Vertiefung und Intensivierung des Jugendschutzes**  
bilden sollen. Die hier getroffene Regelung geht weit über das ursprüngliche Programm des Ministeriums hinaus und wird sich, da sie ein unabwiesbares Bedürfnis ist, sicherlich bewähren.

**Sozialversicherung.**  
Auf dem Gebiete der Sozialversicherung wurde inzwischen die Wahlordnung für die Krankenkassen, die Regierungsverordnung über die Legitimationen für die Zwecke der Altersversicherung, sowie über die Unentgeltlichkeit des wöchentlichen Versicherungsbeitrages für die Alters- und Invaliditätsversicherung erlassen.

**Die Krankenversicherung der Privatangestellten** und die Rentenversicherung der Angestellten der Kleinbahnen bilden den Gegenstand einer schriftlichen Expertise, nach deren Abschluß sofort mit der Bearbeitung der gesetzgegenständlichen Entwürfe und mit ihrer abschließenden Legi-

# Mieterschutz im Senat angenommen.

### Wieviele Säuglinge und Tuberkulöse gehen in elenden Wohnungen zugrunde?

Prag, 27. März. Der Senat verabschiedete heute nach längerer, stellenweise ziemlich stürmischer Debatte die Verlängerung des Mieterschutzes und der 100 Reichner. Herr Feierfeil, aus dem noch immer die Wut darüber spricht, daß seine Partei bei der Regierungsbildung so plötzlich kaltgestellt wurde, suchte sich an der Untätigkeit der Regierung zu reiben und dabei namentlich unseren Genossen einige Seitenhiebe zu versetzen. Seine Sache war als bald reitungslos verloren, als er sich in dem Rebe der eigenen früheren „Leistungen“ in der Regierung versing, mit denen er unvorsichtiger Weise auspacken wollte. Herr Feierfeil, dem die jetzige Regierung zu wenig arbeitet, möge sich nur einmal das Exposé durchlesen, das heute Genosse Dr. Czoch im Budgetauschuss vorgetragen hat, und sich fragen, ob seinerzeit Herr Mahring am Schluß einer dreijährigen Regierungsbeteiligung auch nur halb so viel an positiven Fortschritten in seinem Ressort verzeichnen konnte, als Genosse Dr. Czoch heute nach drei Monaten skizziert hat!

Aus der späteren Rede des Genossen Jarolim sei namentlich auf die erschütternde Statistik verwiesen, die er über die Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit in der Tschechoslowakei anführte. Wer angeht, dieser beschämenden Ziffern noch den Mut hat, die Aufhebung des Mieterschutzes und damit eine weitere Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse der Massen zu fordern, die naturgemäß die Sterblichkeit an Tuberkulose und im Kindesalter noch weiter hinaufsetzen müßte, der kann schon seinen Funken sozialen Gefühl mehr im Leibe haben!

Referent Gen. Johanis erklärte, es werde Sache der Staatsverwaltung sein, die Frage der Erstellung einer genügenden Anzahl billiger Wohnungen unter Berücksichtigung sozialpolitischer und gesundheitlicher Momente zu lösen, bevor man von einem Abbau des Mieterschutzes überhaupt sprechen könne. Er bedauert die kurzfristige Verlängerung, denn die Vorlage werde noch weiter verlängert werden müssen, bis die alten Mieter die Sicherheit haben werden, daß sie eine angemessene Wohnung in einem Neubau finden. Referent Jimal hebt hervor, daß die Änderungen die sozial Schwachen Mieterfamilien nicht tangieren.

**Die Debatte**  
gestaltete sich durch das aggressive Auftreten des christlichsozialen Redners Feierfeil gleich zu Anfang sehr bewegt. Er bedauert auf einmal, daß nicht auch die Bauförderung schon verhandelt werde, hebt absichtlich die großen Differenzen zwischen alten und neuen Mietern stark hervor, die er als sozial unerträglich bezeichnet, und beschuldigt die neue Koalition, daß sie noch keine offene Frage bisher wesentlich vorwärts gebracht habe.

Gen. Stark: Das macht, weil Ihr in der Regierung seht!  
Feierfeil sucht nun die Koalition weiter deshalb anzugreifen, daß sie alles liegen lasse (Invaliden und Bruderelnden), über die Sachen einfach verlängere. Er löst dabei aber bald auf die entschiedene Abwehr seitens unserer vor der Ministerbank versammelten Genossen, von denen seine Uebertreibungen scharf zurückgewiesen werden. Sichtlich nervös macht es ihn und seine Klubkollegen, als er von unseren Genossen an die eigene „Tätigkeit“ in der Regierung unliebsam erinnert wird. In seiner

latorischen Behandlung vorgegangen werden wird.

Zur Ermöglichung baldiger Neuwahlen in den Pensionsanstalten wurde die Verfassung der Wahlordnung sowie die

**Novellierung der Paragraphen 193 und 195 des Pensionsversicherungsgesetzes**  
in Angriff genommen. Die bezüglichen Entwürfe sind bereits fertiggestellt und sollen schon in der nächsten Zeit den Gegenstand gemeinsamer Beratungen des Ministeriums und der Pensionsanstalt bilden.

Die Ernennungen für die Versicherungsgerichte der Pensionsanstalten werden bereits vorbereitet und sollen in Kürze erfolgen.

Inzwischen wurde auch die vom Ministerium angeordnete

**Kommissionelle Revision des Pensionsfonds**  
bereits abgeschlossen, so daß nunmehr die notwendigen Unterlagen für die Inangriffnahme der Sanierung dieser Institution gegeben sein werden. Das Ministerium beabsichtigt, die interessierten Kreise zu hören und wird dann seine endgültige Entscheidung treffen.

Alles in allem, kann gesagt werden, daß das Ministerium in seinen Arbeiten trotz der Kürze der Zeit ein Stück vorwärts gekommen ist, wobei es sich vollkommen dessen bewußt ist, daß es bei einem Teile seiner großen Aufgaben erst in den Anfängen der Problemlösung steht.

Das Ministerium schreut auch vor diesen Aufgaben nicht zurück, wenn es der Unterstützung der parlamentarischen Vertretung und der gesamten Bevölkerung sicher ist.

steigenden Erregung verläßt Feierfeil nun auf das untauglichste Kapitel, auf das Militär, das er im Kreuzfeuer der Zwischenruf: zu seiner Rehabilitierung heranzieht: Die Sozialdemokraten hätten auch das Militärbudget abgestimmt, obgleich sie dies den Merkmalen früher sehr verübelt hätten!

Gen. Dr. Heller: Wir haben Euch angegriffen, weil Ihr den Rüstungsfonds bewilligt habt!

Feierfeil entschuldigt: Sie hätten dies nur ungenau getan, und nur deshalb, weil sie höhere Ziele für das deutsche Volk verfolgten.

Zwischenruf: Reden Sie nicht! Sie sind wegen der Kongrua hineingegangen!

Feierfeil vergaloppiert sich immer mehr und zieht die 8000 Ersparnisrenten heran, die sie angeblich durchgesetzt hätten. Schließlich behauptet er sogar, daß sie die Zurückstellung der vormilitärischen Erziehung durchgesetzt hätten...

Gen. Dr. Heller: Sie haben doch überhaupt nichts durchgesetzt. Machen Sie sich nicht so pagig!

Als in einem Zwischenruf die 80 Millionen anstehen, um die die Merkmalen das Militärbudget zu erhöhen schon bereit waren, sucht Feierfeil gar unseren Leuten einzureden, daß sie es gewesen seien, die für diese 80 Millionen gestimmt hätten.

Diese offene Unwahrheit ruft einen Entrüstungsturm und Tumulten vor der Ministerbank

hervor. Genosse Dr. Heller wirft dem Redner vor, daß er lüge, was ihm wegen unparlamentarischer Äußerungen einen Ordnungsruf einträgt.

Dr. Heller ruft: Also gut, Sie lügen nicht, aber sie reden ununterbrochen bewußt Unwahrheiten!

Als letzte Angriffsstufe muß für Herrn Feierfeil die Zollvorlage herhalten, die er in eine Parallele zu der seinerzeitigen Einführung der Zölle durch den Bürgerblock zu stellen verliert.

Gen. Dr. Heller: Wie damals die Preise stiegen und wie heute, davon reden Sie wieder nicht!

Endlich sucht sich Feierfeil bei den Hausherren einzuschmeicheln, indem er ein Lamento darüber erhebt, daß sie in ihren Besitzrechten gar so eingeschränkt seien.

Gen. Polach: Sie sind also die Verteidiger des Privateigentums, des Kapitalismus! Dann spielen Sie sich wenigstens nicht auf die „soziale“ Partei hinaus!

Mit schönen Worten über die Ausgleichung der widerstreitenden Interessen im Rahmen seiner Volkspartei kommt Feierfeil zum Schluß, wobei er noch mit dem Genossen Löw in eine scharfe Kontraverse gerät, die sich später noch in den Bänken fortsetzt.

Inzwischen tritt der Agrarier Havelka wader für die Hausherreninteressen ein und jammert darüber, daß in Prag 4000 Wohnungen leer stehen, vergißt aber hinzuzufügen, daß die Hausherren nur mit ihren wucherischen Mietzinsforderungen auf ein vernünftiges Maß heruntergebracht werden müssen, um diese Wohnungen alle zu besetzen.

Tichy (gewerbp.) hat schon früher alles besetzt gewünscht und alles kommen lassen. Er vergißt nicht, namentlich auf die sozialen Kosten hinzuweisen, die das Bauen angeblich so teuer machen, will aber doch für die Vorlagen stimmen.

## Genosse Jarolim.

befriecht einleitend die Änderungen gegenüber dem bisherigen Stand, namentlich die Kündigung für verlobte Kinder des Hausherrn, wobei er den Schutz hervorhebt, der in der Stellung der Erbschaftswohnung und in der Verpflichtung besteht, daß die Verlobten binnen vier Wochen die Wohnung beziehen müssen. Praktisch werde die Sache vierfach darauf hinauslaufen, daß die Erbschaftswohnung teurer sein werde.

Im Interesse der Mieter hätten wir also gewünscht, daß der neugeschaffene Kündigungsgrund unterbleiben würde. Nun ist aber das vorliegende Gesetz ein Kompromiß. Jedenfalls ist es Tatsache:

Wenn der frühere deutsch-tschechische Bürgerblock wieder neu hätte gegründet werden können, so würde das Mieterschutzgesetz, das dem Hause vorgelegt worden wäre, sicherlich ganz anders aussehen als das jetzige. Wir können mit einer gewissen Befriedigung konstatieren, daß es doch gelungen ist, im allgemeinen die Angriffe auf den Mieterschutz abzuwehren!

Die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Jahren den Mieterschutz ohnehin schon stark gelockert. Es entstand ein förmlicher Wettstreit um die Gunst der Hausherrn.

Wenn also der fast unveränderte Mieterschutz wiederum acht Monate weiter verlängert wird, so ist das nicht auf das soziale Empfinden der bürgerlichen Parteien zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß der Einfluß der sozialdemokratischen Parteien groß genug war, für die nächste Zukunft den Widerstand zu besiegen.

Solange zehntausende Menschen buchstäblich auf freiem Feld, in Schuppen und alten Eisenbahnwagen kampieren, weitere Zehntausende in Räumen hausen, die den Namen „Wohnung“ schänden, ist es ein Verbrechen, auch nur daran zu denken, daß der Mieterschutz aufgehoben wird, oder auch nur fortwährend damit zu drohen.

Herr Kollege Feierfeil hat sich beklagt, daß die Befristung so kurz geschehen ist. Ich glaube sagen zu dürfen,

daß die Sache ganz anders ausgefallen wäre, wenn die Christlichsozialen noch in der Regierung lägen,

denn sie waren mit dabei, als im Jahre 1928 das Mieterschutzgesetz novelliert wurde. Damals wurden die meisten Durchlöcherungen des Mieterschutzes geschaffen!

Die Aufhebung des Mieterschutzes muß mit einer großzügigen Bauförderung verbunden sein, wobei die Bauförderung überhaupt vorangehen muß. Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt muß in Einklang gebracht werden, bis dahin kann von einer Aufhebung des Mieterschutzes nicht gesprochen werden!

Das Märchen, daß das Angleichen der Mietzins in den alten Häusern an die neuen Häuser den Wohnungsbau fördern wird, glaubt meines Erachtens den Hausherrn absolut kein Mensch! Eine acht- oder neunfache Aufwertung des Mietzinses in den alten Häusern würde den Hausbesitzern reißlos als Zusatzrente in die Tasche fliegen! Die Hausbesitzer übersehen dabei, daß sie auf die alten Häuser in der Regel Hypothekendarlehen in Goldkronen ausgenommen haben, die sie nunmehr in tschechoslowakischen Kronen zurückzahlen.

Sie vergessen geflissentlich, daß die Löhne der Arbeiter gegen die Vorkriegszeit nur das Fünftel, Sechstel oder Siebenstel betragen und nur in sehr wenigen Fällen über das Achtstache hinausgehen!

Die Zentralsozialversicherungsanstalt hat in der ganzen Republik 2,5 Millionen Versicherte. Davon haben 53 Prozent einen Lohn bis zu 18 K täglich, also 108 K wöchentlich, 19 Prozent einen Lohn über 18—25 K, also wöchentlich über 108—150 K, und erst der Rest von 28 Prozent erhält einen Lohn von mehr als 25 K täglich!

Bei solch elenden Löhnen ist es für die Arbeiter schwer, auch nur den Mietzins für ihre alten Wohnungen auszubringen. Neubauten können Arbeiter und Angestellte im allgemeinen überhaupt nicht beziehen, denn die private Bauwirtschaft schafft keine Wohnungen zu erschwinglichen Preisen. Sie setzt den Profit voraus. Winkt kein Profit, werden eben keine Wohnhäuser gebaut!

Mit rein kapitalistischen Methoden ist die Wohnungsfrage überhaupt nicht zu lösen. Es ist daher Pflicht des Staates, durch eine dauernde Wohnbauorganisation dafür zu sorgen, daß ordentliche und gesunde Wohnungen zu erschwinglichen Mietzinsen geschaffen werden.

Ein Staat, der seinen Bürgern ungeheure Verpflichtungen auferlegt und deren Erfüllung durch seinen Machtapparat erzwingt, muß auch instande sein, seinen Bürgern das Wohnrecht zu sichern und zu statuieren. Wenn unsere Forderungen in bezug auf den Wohnbau nur teilweise verwirklicht würden, so würden wir hier mit dem Wohnungsbau schon weiter sein. Ich verweise da auf die von uns bereits auf dem Zehntägner Parteitag 1921 geforderte

### progressive Wohnbausteuer.

gegen die sich alle bürgerlichen Parteien stellen. Die sozialdemokratische Gemeinde Wien hat ihr großes Wohnbauprogramm nur mit Hilfe ihrer Steuer durchzuführen können. Wohl wurden in der Tschechoslowakei in den ersten Nachkriegsjahren bedeutende Mittel zur Förderung des Wohnbauwesens angewendet, das hörte aber bald auf, als der Einfluß der bürgerlichen Parteien immer mehr zunahm. Die deutschen Gebiete haben seinerzeit davon leider nicht viel profitiert, da vor allem keine Kredite aufzutreiben waren. Dazu kommt,

daß viele Gemeinden der Wohnbauförderung

bis heute feindlich gegenüberstehen, namentlich solche, die von Bürgerlichen verwaltet werden. Dort, wo sie in der Minderheit sind, versuchen sie wenigstens durch Rekurse, jeden Wohnbau zu verhindern. So in der Gemeinde Strahl bei Ditz, wo sie einen Bau bis heute hintertrieben, obwohl ein billiger Kredit vom Kohlenfonds zu haben wäre. Wir begrüßen es daher, daß die Regierung die Wohnbauförderung in die Wege leitet und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat. Besonders wichtig erscheint uns die Bestimmung, daß die Gemeinden dabei in erster Linie bedacht werden.

In den letzten Jahren sind in vielen Staaten — England, Frankreich, Deutschland — gewaltige Summen für die Bauförderung aufgewendet worden. In jenen Staaten schämen eben auch die bürgerlichen Parteien die Bedeutung einer Wohnungskultur der breiten Massen höher ein als bei uns. Sozialer Wohlstand und Wohntultur sind aber auch für die Gesundheit der Bevölkerung maßgebend.

Es ist daher nicht zufällig, daß die Tschechoslowakei unter jenen Staaten rangiert, die die größte Säuglingssterblichkeit und die größte Sterblichkeit an Tuberkulose aufweisen.

Die Sterbefälle an Tuberkulose betragen nach dem Statistischen Handbuch des Deutschen Reiches auf 10.000 Einwohner in Dänemark 8,1, in Deutschland 9,3, England 9,7, Belgien 10,1; die Tschechoslowakei rangiert erst an zwanzigster Stelle mit 19,4 Sterbefällen! Dahinter kommt nur noch Estland, Ungarn und Finnland! Dasselbe furchtbare Bild zeigt die Statistik über die Säuglingssterblichkeit. Von je 100 Lebendgeborenen sterben im ersten Lebensjahr: in Norwegen 4,8, in der Schweiz 5,7, in Deutschland, das an 16. Stelle steht, 9,7, in Oesterreich 12,3, in der Tschechoslowakei aber, die an 24. Stelle rangiert, 15,7! Uebertroffen wird diese Zahl nur noch von Ungarn und Rumänien!

Diese erschütternden Ziffern sind tatsächlich der Ausdruck der furchtbaren Wohnungsnot und der Unterernährung der breiten Volksmassen in diesem Staat. Diese Tatsachen sind durch keine Auslandspropaganda aus der Welt zu schaffen!

Der Wohlstand und die Gesundheit der vollen Volksmassen kann nur gehoben werden durch bessere Ernährung, durch bessere Wohnungskultur und andere Dinge, für die wir deutschen Sozialdemokraten allezeit wirken und kämpfen werden.

Die Besitzenden in diesem Staat, das heißt die bürgerlichen Parteien, verfolgen allerdings andere Gedankengänge. Ihnen geht es eben nicht um die Hebung des Allgemeinwohls, sondern nur um den Profit. Sonst wäre es undenkbar und unsahbar, daß die Frage des Mieterschutzes so gewaltige Gegensätze auslösen kann, sonst wäre es einfach selbstverständlich, daß man diese Frage einvernehmlich im Interesse der Allgemeinheit regelt! (Beifolger Beifall.)

Nach weiteren vier Rednern wird die Debatte beendet und beide Vorlagen ohne Änderung in erster und zweiter Lesung angenommen. Eine kurze Debatte über das Weidengesetz für die Slowakei und Karpatenrußland fällt die restliche Sitzung aus. In einer zweiten formalen Sitzung werden Anweisungen vorgenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 31. um 5 Uhr nachmittags.

### Der Arbeitsminister über die Bruderlagen.

#### „Nach Möglichkeit“ Erhaltung der bisherigen Vorteile.

Prag, 27. März. In der gestrigen Nacht-sitzung im Budgetausschusse des Senates hatte sich der Arbeitsminister Dostálek in einem ausführlichen Expose unter anderem mit den dringenden Neubauten für Universitätszwecke befaßt und erklärt, daß für die wichtigsten Kliniken sowie für die beiden technischen Hochschulen in Prag besondere Anleihen zu Bauzwecken abgeschlossen werden sollen. Er besprach dann ausführlich das neue Bauförderungs-gesetz und erklärte, daß eine Kleinstwohnung von 40 Quadratmeter Bodenfläche in Prag auf etwa 80.000, auf dem Lande auf etwa 50.000 Kronen zu stehen komme. Durch den 25prozentigen Staatszuschuß könne der bei einer achtprozentigen Verzinsung und Amortisierung errechnete Zins in Prag von 6400 auf 4600, in der Provinz von 4000 auf etwa 2850 Kronen erniedrigt werden.

Des weiteren beschäftigte er sich ausführlich mit der geplanten Errichtung eines Wasserstrahlensfonds und ging dann auch auf die Sanierung der Bruderladen über.

Er erklärte, daß im Ministerium schon an der endgültigen Regelung dieser brennenden Frage gearbeitet werde. Das Ministerium bemühe sich, den Bergarbeitern nach Möglichkeit die Vorteile der bisherigen selbstständigen Versicherung zu wahren. Bis zur Gesetzgebung der neuen Normen werde es freilich notwendig sein, für die monatlichen Auszahlungen der Bruderladen einen Zuschuß aus Staatsmitteln zu bewilligen, da die eigenen Mittel der Versicherung dazu nicht lauen. Den neu beitretenden Versicherten sollen nach Möglichkeit dieselben Leistungen gewahrt werden, wie den alten Mitglieder. Gewisse Opfer werde man von allen Interessenten fordern müssen, freilich gerecht nach ihrer finanziellen Tragfähigkeit. Ob es möglich sein werde, die Selbstständigkeit der Bergarbeiterversiche-

rung zu wahren, sei noch nicht sicher. Der Entwurf des neuen Bruderladengesetzes wird dem Parlament jedoch so schnell als möglich vorgelegt werden.

Diesen Ausführungen kann man nur hinzufügen, daß sie für die Bergarbeiter absolut un-

befriedigend sind. Während der Minister die Möglichkeit der Verschlechterung der Bruderladerversicherung andeutet, müssen die Bergarbeiter nach wie vor auf der Erhaltung der bisherigen Leistungen der Versicherung auch wenn sie mit Opfern für die Staatskasse verbunden wäre, beharren!

## Rabinett Müller zurückgetreten.

### Sozialdemokratie hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung kompromißlos!

Berlin, 27. März. (Eigenbericht.) Das Kabinett Hermann Müller hat heute abends seinen Rücktritt erklärt. Die Ursache dafür war die Unmöglichkeit, zwischen den Regierungsparteien eine Einigung über die Frage zu finden, in welcher Weise die Fehlbeträge in der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden sollten. Bis Mittag hatte man noch nach einer Lösung gesucht, die der Sozialdemokratie die Zustimmung ermöglichen sollte. Das Zentrum hatte vorgeschlagen, daß man zwar nach der Forderung der deutschen Volkspartei einen festen Betrag in den Etat einsehen sollte, daß aber darüber hinaus die Zuschusspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung anerkannt werden müsse. Die Formulierung dieses Vorschlages war jedoch so ungenau, daß die Möglichkeit eines Abbaues der Leistungen herausbeschworen wurde. Man hätte unter diesen Umständen lediglich den Ausbruch der politischen Krise bis zum Herbst hinausgeschoben, und voraussichtlich wäre dann die Situation für die Sozialdemokratie weit ungünstiger als jetzt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Nachmittag eingehend mit dieser Lage beschäftigt. Sie stand unter dem Druck der Drohung des Zentrums, daß es seine Minister aus der Reichsregierung zurückziehen werde, wenn die Sozialdemokratie dem Kompromiß nicht zustimme. Man verkannte in der Fraktionsführung auch nicht, daß eine außerordentlich schwierige Lage entsteht, wenn unter solchen Umständen das Kabinett demissionieren müsse. Aber die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse mußte höher gestellt werden als die Erhaltung einer augenblicklichen politischen Konstellation. Gegen drei Stimmen erklärte die Fraktion, daß sie der ursprünglichen Regierungsvorlage zustimme, die eine Beitragserhöhung auf 4 Prozent und die Erhaltung der Zuschusspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung vorsieht, dagegen das vom Zentrum vorgeschlagene Kompromiß ablehnen müsse.

Nach diesem Beschluß trat das Kabinett zusammen und abends sieben Uhr erklärte es seinen Rücktritt.

Was nun weiter geschehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Voraussichtlich wird zunächst das Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden. Die Reichsparteien drängen darauf, daß die Finanzregelung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung durchgeführt werden soll. Dieser Ausweg ist aber nicht sehr aussichtsreich, denn einmal gilt diese Bestimmung nur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande und außerdem müssen alle derartigen Verordnungen die Genehmigung des Reichstages bekommen.

Da bis zum Quartalschluß, wo neue Mittel für das Reich flüssig gemacht werden müssen, nur noch wenige Tage sind, ist es wahrscheinlich, daß schon in kürzester Zeit die nächste Entscheidung fallen wird. Man spricht davon, daß der Zentrumsführer Brüning die Neubildung einer Regierung übernehmen würde, die sich auf die Parteien der Mitte stützen könnte, im übrigen aber auf die Unterstützung der Volkspartei konservativen angelegten wäre, jenes Teiles der Deutschnationalen, der sich vor einigen Monaten von Herrn Eugenbergs trennt hatte.

Eigenartig ist es, daß der Sturz der Regierung durch einen Beschluß der größten Regierungspartei hervorgerufen wurde, die sich damit gerade hinter die Regierung gestellt hat.

### Ein neues Milchgesetz in Vorbereitung.

#### Bechné droht den Milchpantoffeln mit dem Pranaer.

Prag, 27. März. In der heutigen Vormittags-sitzung des Budgetausschusses des Senates kam nach dem Genossen Dr. Czoch auch Ernährungsminister Bechné zu Worte, der hervorhob, daß die Weiterentwicklung seines Ministeriums auf Grund erneuerter wichtiger Funktionen in unserem Wirtschafts- und politischen Leben keine Frage mehr sei. Er hofft, daß das Ministerium künftighin als Verbrauchsministerium eine wichtige Rolle spielen werde. Man sei eben unter der neuen politischen Konstellation darauf gekommen, daß ein Ministerium notwendig sei, zu dessen Amtspflichten es gehöre, die Angelegenheiten des Konsums zu besorgen. Der Minister hofft, daß er in den Ausschüssen bald Gelegenheit haben wird, über die neuen Aufgaben und das neue Programm des Ministeriums detailliert zu sprechen.

Er befahte sich dann namentlich mit der Regelung der Milchfrage

und stellte fest, daß sich nach seinem seinerzeitigen aufsehenerregenden Expose die Qualität der Milch namentlich in Prag auffallend verbessert habe. Während noch im Jänner auf neun amtliche Proben durchschnittlich eine Verfälschung konstatiert wurde, war dies im Feber dagegen erst bei 29 Proben der Fall. Leider hat sich Ende März dieses Verhältnis wieder verschlechtert. Einige Milchverfälscher scheinen sich von ihrem Schreck schon wieder erholt zu haben, aber der Minister zögert nicht, zu erklären, daß diese Leute mit ihrer Existenz spielen! Man dürfe nicht zulassen, daß dem Konsumenten gefälschte Milch geliefert und die Bevölkerung so betrogen werde. Der Minister habe zwar keine drakonischen Mittel zur Hand, aber er werde

jeden Milchfälscher öffentlich in der Nationalversammlung und in der Presse an den Pranger stellen.

Was das für diese Milchpantoffeln bedeuten wird, könne man sich an den Fingern abzählen! Bechné erklärte weiter, daß im Ministerium an einem neuen selbstständigen Milchgesetz gearbeitet wird. In der zu diesem Zweck eingesetzten Expertenkommission sind alle Interessentenschichten vertreten. Die Regelung der Milchwirtschaft soll gegen niemanden eine Spitze haben; es sollen sowohl die Interessen der Bevölkerung als auch die der Produzenten und des Milchhandels Berücksichtigung finden.

### Die Hinterhältigkeit und Böswilligkeit der Patentkreuzer

äußert sich wieder einmal drastisch in einem Schmähartikel des „Tag“ und anderer patentkreuzerischer Blätter vom 27. März, der sich gegen die deutschen Sozialdemokraten im allgemeinen und den Abg. Genossen Kaufmann im speziellen richtet. In der Slowakei soll, wie die Patentkreuzerpresse schreibt, eine staatliche Kupferfabrik erbaut werden und es verlautet, daß der Staat sich mit 50 Millionen K an diesem Unternehmen beteiligen wird. Warum das geschieht, sei wohl klar zu erkennen: Der Staat will eben Alleinbesitzer dieses Werkes werden und will natürlich allen anderen Betrieben, die bisher Staatslieferungen hatten, diese nun entziehen. Das bedeutet, daß weitere Tausende von Arbeitern brotlos werden, daß dies insbesondere in unserer unmittelbaren Nähe der Fall sein wird, weil das Kupferwerk Bömmelre einen bedeutenden Prozentsatz an Staatslieferungen hat.

Somit die Darstellung des „Tag“ über diese eigenartige Gründung, hinter der die Brünnner Waffensfabrik und die Rothsche Patronenfabrik in Preßburg stecken. Ausschlaggebend ist, daß dieses neue Unternehmen sich ein Monopol sichern und alle übrigen Betriebe durch bewußte Preisunterbietungen ausschalten will. Dadurch würden mehr als 3000 Arbeiter bei den bisherigen Lieferfirmen stellunglos. Ob der Staat bei dem Ganzen etwas profitiert, ist mehr als zweifelhaft. Da nun Abg. Kaufmann und andere Sozialdemokraten für die Erhaltung des Arbeitsplatzes zugunsten der bedrohten Arbeiter kämpfen (in Bodenbach kommt auch Chaudoir in Betracht) wird der „Tag“ in wahrhaft alberner Weise ausfällig. Er schreibt u. a.: „Der Herr Kaufmann greift diese Regierung, in der er und seine Genossen sitzen, an, und macht sich bei den Arbeitern solcher Art beliebt, indem er erklärt, daß die sozialdemokratischen Parteien diesen Angriff abwehren werden.“

Jedes politische Kind weiß, daß die Sozialdemokraten nicht in die Koalitionsregierung gingen, um dort die Interessen von Spekulant und Militaristen zu vertreten, sondern um die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Das tun sie in ausgiebiger Weise. Jedermann kann das an der Hand der parlamentarischen Verhandlungen sehr deutlich verfolgen. Der „Tag“ und die anderen Patentkreuzerblätter tun aber so, als ob die Sozialdemokraten und besonders Gen. Kaufmann ein Doppelspiel treiben würden und dem Staate das Recht zubilligen müßten, diesen Plan zu verwirklichen. Selbstverständlich geschieht diese Schmähung gegen besseres Wissen, lediglich in der Absicht, unsere Partei eins anzuhängen. Gelingen wird diese Absicht allerdings nicht.

### Etwas über die Beschneldung

oder

#### Wie man sich den Nationalsozialismus vorstellen soll.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Geher hat, wie man der Patentkreuzerpresse entnehmen kann, eine Rede über den Mieterschutz gehalten, die eine „programmatische Erklärung“ sein soll. Die Herren Nationalsozialisten verschmähten es nämlich, in eine parlamentarische Verhandlung des Gesetzes einzugehen,

„da noch während der Verhandlungen des Ausschusses Änderungen in der Vorlage vorgenommen wurden“.

Man versteht das nicht ganz. Kommen Regierungsvorlagen ins Haus, an denen nichts mehr geändert werden kann oder soll, so regt man sich — und meist mit Recht — über die unparlamentarische Form auf. Ereignet sich der früher unmögliche und erst seit dem Regierungseintritt des sozialistischen Blocks denkbare Fall, daß eine Vorlage wirklich im Ausschusse besprochen wird und daß sich Änderungen anbringen lassen, ja daß es vielleicht Kompromißstimmungen gibt, so ist es wieder den Patentkreuzern nicht recht. Sie bezeichnen das als parlamentarische „Scheingefecht“ und der Herr Geher kommt zu einer programmatischen Erklärung, die in dem Satze gipfelt:

„Der wahre soziale Ausgleich kann auch auf diesem Gebiete nur dann eintreten, wenn die gesetzgebenden Körperschaften an die radikale Lösung der Beschneldung des wahren Arbeitsertrages schreiten. Dies kann nur durch die Abschöpfung der Bodenrente und mit Hilfe des zinslosen Geldes geschehen, was eine grundlegende Änderung der heutigen Auffassung vom Geld und den Übergang von der krisenerzeugenden Goldwährung zur krisenvermeidenden Indezwährung unter Wegfall des Zinses zur Voraussetzung hat.“

Weiß der Geier, was der Geher da meint! Soll der wahre Arbeitsertrag beschnitten oder soll die Beschneldung des Arbeitsertrages gelöst werden? Aber selbst wenn die Beschneldung des Arbeitsertrages radikal gelöst werden soll, weiß man doch nicht, in welchem Sinne sie denn gelöst werden soll! Will er die Beschneldung oder will er sie nicht? Aus anderen Zusammenhängen ergäbe sich wohl eher eine Abneigung gegen die Beschneldung. Was aber die krisenlose Indezwährung und die krisenerzeugende Goldwährung anbelangt, so weiß man erst recht nicht, was sich die Jünger Hitlers darunter vorstellen, auch wenn man mit der Abschöpfung der Bodenrente einen Begriff verbinden könnte.

Wo die Bodenrente so gut wie beseitigt wurde, in Wien, ist das doch ein Stück Breitenpolitik und darum den Patentkreuzern aus Herzensgrund zuwider. Zinsloses Geld im Kapitalismus zu schaffen, gelangt kaum einer Währung. Und wenn wir statt Gold nur Kaurimuscheln hätten, würden sie Zins tragen, solange wir eben eine warenproduzierende Marktwirtschaft haben, in der Kapital auf der einen Seite aufgehäuft, auf der andern verbraucht und zwischen beiden verliert wird!

Man müßte dem Nationalsozialisten, der das Rätsel der Geherischen Beschneldung radikal löst, ein Hitzhemd spendieren. Aber wir zweifeln ob selbst dieser Preis ein genügender Anreiz zur Bewältigung der schwierigen Aufgabe wäre.

Den Mietern und Wählern wäre es doch wohl lieber gewesen, wenn die Nationalsozialisten einige Anträge gestellt und gezeigt hätten, was sie wollen. Es sitzen Sozialisten in der Regierung, sozialistische Anträge könnten wohl Unterstützung finden. Warum mühen die Patentkreuzer das nicht aus?

Sie wissen natürlich sehr gut, warum sie das parlamentarische „Scheingefecht“ meiden. Sie wollen weder für die Mieter noch für die Hausbesitzer offen eintreten und ziehen eine unverständliche Erklärung, unter der sich niemand etwas Bescheites, also höchstens den Nationalsozialismus, vorstellen kann, jedem Bekenntnis vor.

### Beneš geht nach Paris.

Prag, 27. März. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der heutige Ministerpräsident Benesch nach einem Referat über die bereits gestern gemeldete Einladung der Großmächte zu einer Aussprache über die ungarischen Reparationen beauftragt, dieser Einladung nachzukommen. Diese Konferenz soll bereits am nächsten Montag in Paris zusammentreten.

Im übrigen beschäftigte sich der Ministerpräsident mit dem Bericht der Wirtschaftsminister über den Stand des Arbeitsprogramms und verschiedenen laufenden Angelegenheiten.

### Gandhis Rampf.

London, 27. März. Aus Delhi wird gemeldet, daß sich Ghandi und seine Freiwilligen Jalsapur nähern, wo sie sich mit Gewalt der Salzbergwerke bemächtigen wollen. Die britischen Behörden haben jedoch bereits alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen und beabsichtigen, nötigenfalls Militär gegen die indischen Nationalisten einzusetzen.

# Tagesneuigkeiten.

## Chicago versinkt in Schnee.

Chicago, 27. März. Der Schneesturm in Chicago und Umgebung, der eine Unterbrechung des Verkehrs an zahlreichen Stellen zur Folge hatte, forderte vier Todesopfer. 30 Personen wurden verletzt.

Die Einwohner der Stadt hatten große Mühe, ihre Arbeitsstätten zu erreichen, da in den Straßen infolge eines schweren Schneesturmes der Schnee so hoch lag, wie das seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen war. Mittags erreichte die Schneedecke annähernd eine Höhe von einem halben Meter. In den Geschäftsvierteln zwischen den Wolkenkratzern häuften sich stellenweise der Schnee meterhoch. In den Schulen fiel der Unterricht aus. Während der Nacht hatten wegen der starken Kälte mehr als tausend Obdachlose Zuflucht in den Polizeistationen gesucht.

## Erdbeben auf Mittelmeer-Inseln.

Nessina, 27. März. Auf den Sparischen Inseln, insbesondere auf der Insel Nisidari, wurde ein starkes Erdbeben verspürt. Einige Häuser sind eingestürzt. Eine größere Anzahl von Personen wurde verwundet. Der Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten hat sich sofort nach Bekanntwerden dieser Nachricht an die vom Erdbeben betroffenen Orte begeben, um eine rasche Hilfsaktion zu organisieren.

**Kirche oder Spital?** Kradchlaw, das 12.000 Einwohner und 1433 Häuser zählt und das größte Dorf der Republik ist, kann deshalb nicht zur Stadt erhoben werden, weil es keine Kirche und Pfarre besitzt. Diese Begründung ist eine Herausforderung der zwei Millionen Konfessionsloser dieses Staates, weil es die Deklaration der römisch-katholischen Kirche als Staatskirche enthält. Es wäre doch gewiß für die bürokratische Republik würdiger, wenn als erste Forderung der Erhebung eines Ortes zu einer Stadt das Vorhandensein eines modernen Anfordersungen entsprechenden Krankenhauses und nicht das einer Kirche samt Pfarre aufgestellt werden würde. Der geringe und durchaus ungenügende Priesternachwuchs zeigt, daß die Zeiten für Errichtung neuer Kirchen und Pfarren längst vorüber sind. Die sanitätsmäßigen Zustände in den meisten Krankenhäusern scheinen nach dringender Abhilfe.

**Wie die Unternehmer die Wirtschaftskrise ausnützen.** Die schlechte Wirtschaftslage Nordwestböhmens hat das Handlungsgremium in Brüx veranlaßt, den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages mit den Angestellten abzulehnen, da die Kaufmannschaft neue Lasten nicht mehr tragen könnte.

**Fälschungen der neuen Fünfstückenmünzen** sind in Brüx festgestellt worden. Die Fälschung ist sehr gut gelungen und zeigt auch eine gute Handprägung. Man kennt die falschen Münzen nur an dem etwas matten Glanz und an dem dumpferen Klang.

**Leprastrafe ohne ärztliche Kontrolle.** Die Zeitung „Le Soleil de Marseille“ behauptet, daß es heute in Marseille mehr Leprastrafen gebe als vor einem Jahre, daß sie sich in voller Freiheit bewegen und unter keiner Kontrolle ständen. Das Blatt fordert, daß man diese Leprastrafen sammt und in der vor kurzem im Departement Var geschaffenen Lepra-Station unterbringe.

**Ein Denkmal für die „Unterstützungswelber“?** Der Oesterreichisch-böhmische Denkmalbund „Frauenopfer“ hat beschloffen, den Frauen und Müttern der einheitslichen Volksgemeinschaft Oesterreichs und Deutschlands ein mächtvolles Denkmal zu errichten als Zeugnis des Dankes für den erschlackernden Speinut, den in den Krieges- und Nachkriegsjahren auch die Dulderin Frau erwiesen habe. Das gewaltige Denkmal soll in einem Grenzgebiete Oesterreichs und Deutschlands im Gebiete des Unterberges zwischen Salzburg und Berchtesgaden errichten. Das Präsidium hat Dr. Karl Hans Strobl inne.

**Wenn der Mikado redet...** Mittwoch hielt der Mikado in Tokio eine öffentliche Ansprache an die Bevölkerung, in welcher er sie zu der östigen Tätigkeit bei dem Wiederaufbau der Stadt nach dem letzten Erdbeben beglückwünschte. Der Andrang der Bevölkerung war so groß, daß in dem Gedränge drei Personen ums Leben kamen, während 14 Verletzungen davontrugen.

**Die Varenkrankheit.** Wie die „Deutsche Bodenzeitung“ mitteilt, sind auch in Konstanz zwei Krankheitsfälle vorgekommen, bei denen der Verdacht der Trikinose besteht und die mit den Stuttgarter Fällen in Zusammenhang stehen. Es handelt sich um einen Privatisten und seine Frau. Der Chemiker wurde zur weiteren Untersuchung in das Krankenhaus nach Mannheim überführt, während die Frau noch im Krankenhaus in Konstanz liegt.

**Bei der Explosion in der Kronen-Mine** bei Fairmont (West-Virginia) wurden zwölf Bergleute getötet.

**Drama der Liebe und der Ehe.** Der Zunderfabrikant Niedopil verwundete, wie die „P. Z.“ meldet, in Karibor den Zahnarzt Dr. Jander schwer und tötete sich

# Der Delogierungs-Scandal in Wrschowitz.

## Ein Nachwort.

Die exekutive Räumung der Baracken in Wrschowitz, die in den letzten Tagen große Empörung hervorgerufen hat, wurde wohl über Magistratsbeschluss eingeleitet, aber der nachfolgende Artikel ist darum immer noch sehr zeitgemäß.

„Die Delogierten kampieren unter freiem Himmel“; „Der akademische Maler Joplatil wurde aus dem Bett geholt und verhaftet“; „Der Franzose Inquorte logiert mit Frau und elf Kindern im Walde“; „Einige Frauen wurden verhaftet, so daß viele Kinder ohne Aufsicht in den Baracken zurückblieben“; „Die Polizei machte von den Summittüchern Gebrauch, so daß einige Männer und Frauen verlegt und wegen Widergehidigkeit verhaftet wurden“; „Einige „untergeordnete Polizeiorane“ tragen Schuld an den traurigen Vorfällen, da sie ohne Ermächtigung der Polizeidirektion von den Summittüchern Gebrauch machten“; „Jede Ausammlung ist verboten“; „Die Polizei trieb Demonstrationen aufeinander“.

Das sind einige Splitter aus den offiziellen Nachrichten aus der bürgerlichen Presse über die Zwangsäumung der Wrschowitz Baracken — durchgeführt im Auftrag des Prager Primators Baza unter Assistenz der Polizei und Feuerwehr.

Ohne vorerst auf die juristische Seite des Falles eingehen zu wollen, wird es doch Menschenpflicht sein, der Polizei, die sich wieder als reichender Eger entpuppte, ein lautes „Halt“ entgegenzubonnern. Wann wird sich das Innenministerium entschließen, jene „untergeordneten Polizeiorane“ ausfindig zu machen, die ohne Not bei einer Zwangsäumung in Menschen hineinschlagen wie Rasende, aus einem unverständlichen amtlichen Mochtrieb heraus, der scheinbar jeden paden muß, der sich in „schmutz“ Uniformen hüllen kann? Wann wird man den „untergeordneten“ Polizeioranen jene Teile der Verfassungsurkunde und Verfassungsgesetze vorhalten, die von dem Schutz der persönlichen Freiheit, des Hausrechtes und ähnlichen Lebensfächlichkeiten handeln? Wann wird man diesen Herren endlich einmal jenen Teil der Verfassungsreform vorhalten, der von der Polizei handelt und in den von selbständigen Millionen der „untergeordneten Organe“ nicht ein Wort verlautes wird? Haben wir Polizeisten, die Schützer nicht nur der eigenen Wichtigkeit und obrigkeitlichen Rechte, sondern auch der verfassungsmäßigen Rechte Einzelner — auch wenn es sich nur um Barackenbewohner handelt! — sein müssen, oder Schergen, von denen man sich in Acht nehmen muß wie vor Raubtieren?

Aber auch abstrakt juristisch erscheint uns die Angelegenheit sehr aufklärungsbedürftig!

Selbst. Diese Bluttat ist darauf zurückzuführen, daß der 32 Jahre alte Niedopil mit der gleichaltrigen Frau des 53jährigen Zahnarztes ein Liebesverhältnis unterhielt. Niedopil verschaffte sich gewaltsam Eintritt in die Wohnung des Zahnarztes. Als dieser dem Eindringling entgegentrat, feuerte Niedopil mehrere Schüsse auf Dr. Jander, der schwer verletzt zu Boden sank. Mehrere Schüsse, die Niedopil auf Dr. Jander abgab, gingen fehl. Darnach richtete er die Waffe gegen sich selbst. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er seinen Wunden erlag.

**Fünf tote Arbeiter.** In einer in der Nähe der rumänischen Stadt Braisa befindlichen Zementfabrik stürzten am Mittwoch das Dach und eine Mauer ein. Fünf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben und konnten nur unter schwierigen Umständen mit lebensgefährlichen Verletzungen geborgen werden.

**Aus dem Gefängnis entflohen.** Dem „Ostravsky Denik“ zufolge entflohen gestern nachts aus dem Gefängnis des Freistaates der Bezirksgerichtet die drei gefährlichen Räuber Johann Kasáplá, Theophil Bozil und Franz Sylora. Die Gendarmerie sondet nach den Flüchtlingen.

**Chinesische Gesundheitspflege.** Sachverständige des Völkerbundes haben auf Einladung der Hankingregierung eine Untersuchung über die medizinischen Verhältnisse Chinas angestellt. Aus ihrem Bericht, der als Grundlage für einen Wiederaufbau des chinesischen Gesundheitsdienstes dienen soll, geht hervor, daß in China auf mehr als 100.000 Einwohner ein wissenschaftlich ausgebildeter Arzt fällt. Die 500 Spitäler sind größtenteils europäischen Kranken vorbehalten und befinden sich meistens in einem wenig erfreulichen Zustand. 34 Prozent von ihnen haben überhaupt keinen Krankenpfleger, 60 Prozent nur einen einzigen, 37 Prozent verfügen über keine Betten oder aber so wenige, daß nur einige Kranke untergebracht werden können, 58 Prozent können die Kranken nicht mit Spitalheizung versorgen; nur 60 Prozent haben fließendes Wasser, 50 Prozent können den Kranken überhaupt nicht oder nur selten Bäder verabfolgen, und 87 Prozent von ihnen besitzen keine Röntgeneinrichtungen. Die Vereisung der Spitäler über das weite chinesische Gebiet ist höchst ungleichmäßig. Während in Europa im allgemeinen auf 600 Einwohner ein Spitalbett entfällt, rechnet man in der Provinz Fuhien ein Bett auf 9210 Einwohner, in Hupe ein Bett auf 36.500, in Kwangsi ein Bett auf 151.600 und in Hunan ein Bett auf 246.400 Einwohner. Zudem wurde

dem gehören die Baracken? Wir wollen zur Ehre der Stadt annehmen, daß sie selbst Eigentümerin ist, und zwar nicht nur des Grund und Bodens, sondern auch der Bretterbuden selbst. Unbestritten ist, daß die Evakuierten dort wohnen, manche seit einigen Jahren, manche seit Sommer 1929, länger aber niemand. Zahlen die Bewohner der Stadt Prag einen Preis? Jedenfalls würde dann ein Mietvertrag vorliegen, der gekündigt werden müßte. Aber auch wenn die Armen der Armen nur geduldet sind, wenn sie jederzeit verpflichtet sind, die ihnen leihweise überlassene Wohnung zu räumen, gibt es nur eine Möglichkeit, — die Räumung zu erzwingen: den gerichtlichen Räumungsauftrag!

Davon wurde aber nichts verlautes, wir wissen nur, daß Herr Baza plötzlich beschloß, die Räumung durchzuführen und daß dieser Befehl ohne Magistratsbeschluss durchgeführt wurde. Ist dies nicht in Prag ein Rechtsgelehrter, der uns das Gesetz nennen würde, das den Primator zu dieser selbstherrlichen Tat berechtigen könnte? Wird dieser neuerliche Übergriff des Primators, — implizite dadurch anerkannt, daß die Exekution geftern eingestellt wurde — endlich Widerhall finden in einer Rathausstube, die von sozialistischen Parteien umgeben ist? Herr Baza zeige uns den gerichtlichen Räumungsauftrag, der ihn zu diesem rohen Befehl ermächtigte, er zeige uns den Magistratsbeschluss, der ihn deckt! Auch die Polizei darf sich nicht ohne weiteres zu Sondergondiensten hergeben, auch die Polizei muß ihre Hilfe verweigern, wenn dadurch primitivste Menschenrechte geschädigt werden können!

Wir fragen: wie wurde der Mietvertrag oder die Bittleibe zwischen dem Eigentümer der Baracken und den Mietern gelöst? Wann hat das Exekutionsgericht die Räumungsbewilligung erteilt? Worauf stützt der Primator seinen Räumungsbefehl? Wie und wo werden die Evakuierten untergebracht und was geschah mit dem Hausrat? Warum wurden Verhaftungen vorgenommen und Kinder ohne Aufsicht zurückgelassen, und was für Schritte wurden unternommen, um die „untergeordneten“ Polizeiorane sicherzustellen, die ohne Not auf Menschen einschlugen?

Und wenn nach vollständiger Aufklärung in rein juristischer Beziehung sich noch immer Stimmen erheben sollten, daß es zwar einen Tierchutzverein gibt, der sich herrenloser Tiere annimmt, aber auch eine Polizei, die Kinder ohne Aufsicht zurückläßt, so seien diese Stimmen unterstützt bei dem Ruf nach dem „Menschen-schutzverein“, der aber auch gegen die Obrigkeit funktionieren müßte. W. L.

ungefähr ein Drittel der Spitäler während der Bürgerkriegswirren geschlossen.

**Die Busenfeindin.** Die Sportlerin Violette Morriß, die der französischen Frauensportverband ausgeschlossen hat, weil er sie nach Abiegung der Frauenkleider und des Busens nicht mehr als Frau anerkennen wollte, wurde vom Pariser Zivilgerichtshof mit ihrer Klage auf Wiederaufnahme in den Verband und auf Schadenersatz abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Klägerin alle Ausstellungen des Verbandes unbeachtet gelassen habe, indem sie sich bestrebe, jegliches weibliches Aussehen zu verfeugnen, und daß sie durch männliches Gebahren, wobei sie bis zur absichtlichen Verstimmlung ihres Busens ging, die Statuten und die Ziele des Verbandes verlegt habe.

**Ein schweres Autounglück** ereignete sich in der Nacht auf Mittwoch unweit des Znaimer Friedhofes. Ein vom Kraftwagenunternehmer Rudolf Schimscha aus Mähly gelenkter Kraftwagen, in dem sich noch der Lehrer Straßer mit seiner Braut Marie Hamal aus Znaim und der Drechlermeister Rudolf Haas aus Mähly befanden, nahm auf der Fahrt von Znaim nach Mähly eine scharfe Kurve in einem zu raschen Tempo. Hierbei verlor der Lenker die Herrschaft über den Wagen, der aus der Kurve sprang, einen Einfassungstein umtrieb und über die etwa 5 Meter hohe Strohdachung stürzte. Der Lehrer und seine Braut fielen aus dem Wagen noch vor dessen Sturz auf die Straße, während Schimscha und Haas in die Tiefe stürzten. Schimscha wurde unter dem schwer beschädigten Wagen begraben und blieb mit einem Schädel- und einem Genickbruch sofort tot liegen. Er war dreißig Jahre alt und verheiratet. Die anderen Mitfahrer erlitten erheblichere Verletzungen und wurden in das Znaimer Krankenhaus geschafft.

**Statt ins Grab ins Auto.** Auf merkwürdige Weise bereitete das Schicksal den Freitod des Arbeitslosen Bismiwski in Kalisch (Polen). Als der Selbstmordkandidat aus dem Fenster des dritten Stockwerkes aus dem Hause sprang, fuhr gerade aus dessen Torweg ein Auto. Der unglückliche glückliche Springer stürzte auf das Dach des Autos, durchbrach es und kam komischerweise divelt neben dem Chauffeur zu Fall und zu sich. Der Chauffeur trug leichte Verletzungen davon, während Bismiwski keinerlei Schaden erlitt. Er wird sich demnächst — wegen Beschädigung des Autos zu verantworten haben.

**Korruption in der Türkei.** In der türkischen Kammer fragte der Abgeordnete Hamdi die Regierung Smet Pascha, ob es wahr sei, daß der Abgeordnete Remis sich von einem großen Handelskaufe mit 1.600.000 Kronen losmachen lassen und als Gegenleistung eine Herabsetzung der Steuer-schuld

# Vom Rundfunk.

## Samstag.

Beag. 67. 11.15: Schallplatten. 12: Zeitungs-Präsentation. 12.30: Schallplatten. 13.30: Schallplatten. 14.30: Schallplatten. 15.30: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 17.30: Schallplatten. 18.30: Schallplatten. 19.30: Schallplatten. 20.30: Schallplatten. 21.30: Schallplatten. 22.30: Schallplatten. 23.30: Schallplatten. 24.30: Schallplatten. 25.30: Schallplatten. 26.30: Schallplatten. 27.30: Schallplatten. 28.30: Schallplatten. 29.30: Schallplatten. 30.30: Schallplatten. 31.30: Schallplatten. 32.30: Schallplatten. 33.30: Schallplatten. 34.30: Schallplatten. 35.30: Schallplatten. 36.30: Schallplatten. 37.30: Schallplatten. 38.30: Schallplatten. 39.30: Schallplatten. 40.30: Schallplatten. 41.30: Schallplatten. 42.30: Schallplatten. 43.30: Schallplatten. 44.30: Schallplatten. 45.30: Schallplatten. 46.30: Schallplatten. 47.30: Schallplatten. 48.30: Schallplatten. 49.30: Schallplatten. 50.30: Schallplatten. 51.30: Schallplatten. 52.30: Schallplatten. 53.30: Schallplatten. 54.30: Schallplatten. 55.30: Schallplatten. 56.30: Schallplatten. 57.30: Schallplatten. 58.30: Schallplatten. 59.30: Schallplatten. 60.30: Schallplatten. 61.30: Schallplatten. 62.30: Schallplatten. 63.30: Schallplatten. 64.30: Schallplatten. 65.30: Schallplatten. 66.30: Schallplatten. 67.30: Schallplatten. 68.30: Schallplatten. 69.30: Schallplatten. 70.30: Schallplatten. 71.30: Schallplatten. 72.30: Schallplatten. 73.30: Schallplatten. 74.30: Schallplatten. 75.30: Schallplatten. 76.30: Schallplatten. 77.30: Schallplatten. 78.30: Schallplatten. 79.30: Schallplatten. 80.30: Schallplatten. 81.30: Schallplatten. 82.30: Schallplatten. 83.30: Schallplatten. 84.30: Schallplatten. 85.30: Schallplatten. 86.30: Schallplatten. 87.30: Schallplatten. 88.30: Schallplatten. 89.30: Schallplatten. 90.30: Schallplatten. 91.30: Schallplatten. 92.30: Schallplatten. 93.30: Schallplatten. 94.30: Schallplatten. 95.30: Schallplatten. 96.30: Schallplatten. 97.30: Schallplatten. 98.30: Schallplatten. 99.30: Schallplatten. 100.30: Schallplatten.

des Unternehmens erwirkt hätte. Die Regierung gab eine ausweichende Antwort.

**Zu Tode mißhandelt.** Vom Schwurgericht des Landgerichtes III in Berlin wurden der Arbeiter Julius Schröder zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Frau zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil beide für schuldig befunden wurden, den Tod ihrer dreijährigen Tochter Dora durch fortgesetzte grausame Mißhandlungen herbeigeführt zu haben. Der Leidensweg der kleinen Dora war furchtbar. Ihre entmenschte Mutter schlug sie mit der Spielschuppe, mit der Rockkelle, der Vater mit einem zusammengelegten Leibriemen, dessen Eisen-schloß schlimmste Verletzungen verursachte. Einmal Tages wurde das Kind in ein nur 82 Zentimeter tiefes und ein Meter breites Kellertoch gesteckt, und als Dora dann noch einmal für kurze Stunden das Licht einer ihr grausamen Welt erblickte, wurde sie buchstäblich zu Tode getreten und zu Tode gemorwen. Nach dem zweiten Fall blieb das Opfer liegen und starb. Fast wäre das bestialische Elternpaar von den Nachbarn gehängt worden.

**Besondere Ehrung Dr. Eäeners.** Die National Geographic Society in Washington überreichte gestern in feierlicher Sitzung, der die Vertreter der gesamten offiziellen Welt beiwohnten, Dr. Eäener ihre Goldene Medaille. Die Verleihung dieser Auszeichnung stellt eine ganz besondere Ehrung Dr. Eäeners dar. Bisher ist die Goldene Medaille der National Geographic Society nur einmal zur Verleihung gelangt. Unter den mit ihr Ausgezeichneten befinden bzw. befanden sich Booth, Annandson, Byrd, Lindbergh, Shackleton, Stefansson und Floyd Bennett.

**Im Verlaufe eines Wortwechsels** erschoss in Bukarest ein Waffengelehrter des Fliegerarsenals ein Kapitän und Unterleutnant aus seinem Dienstrevolver. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst.

**Die Wahlen in die Kergelammer** für das Land Böhmen wurden von der Landesbehörde für den 30. Mai 1930 ausgeschrieben. Bis 12 Uhr dieses Tages müssen spätestens die Stimmzettel im Landesamt einlangen. Die Wählerverzeichnisse liegen vom 29. März 1930 bis 5. April 1930 bei der Landesbehörde XVII, Abteilung in Prag III., Waldsteinplatz 1/II, Zimmer Nr. 102, von halb 8 bis halb 12 Uhr und Sonntags von 9 bis 12 Uhr auf. Spätestens am zehnten Tage vor dem Tage der Wahlen wird die Landesbehörde allen Personen, welche in den berechtigten Wählerverzeichnissen enthalten sind, die Wahllegitimationen und Stimmzettel zusenden. Gewählt werden 33 Mitglieder der Kammervertretung und ebenso viele Ersatzmänner, neun Mitglieder und sechs Ersatzmänner des Ehrenrates, zwei Revisoren und zwei Ersatzmänner. Den Kammermitgliedern stehen Einwände gegen die ausgelegten Wählerverzeichnisse zu, welche einschließlic bis 5. April 1930 beim Landesamt schriftlich im obgenannten Zimmer eingureichen sind.

**100 wissenschaftliche Expeditionen** sind im laufenden Jahre von der Sowjetregierung in Aussicht genommen: Das Zentrale Geophysische Observatorium entsendet eine Hochgebirgs-expedition, die sich im Kaukasus mit der Erforschung der ultravioletten Strahlen und des Ozongehaltes in den oberen Luftschichten beschäftigen wird. Das Geophysische Institut entsendet eine Expedition zur Erforschung der Magnetanomalien im Baluchistan. Eine Expedition des Anthropologischen Institutes an der I. Moskauer Universität wird sich mit anthropologischen Studien im Kaukasus, in Sibirien und im Wotjakengebiet beschäftigen. Eine Expedition des Institutes für Archäologie und Kunst begibt sich nach Usbekistan, um dort Kunstforschungen zu treiben; eine zweite Expedition des Institutes wird die patriarchalischen Lebensformen der nordischen Völkerschaften im Ural und in Sibirien studieren. Das Museum für orientalische Kultur entsendet eine Expedition zur Erforschung der Leppichweber in Turkestan, das Institut für ethnische und nationale Kulturen der Orientvölker eine Expedition zur Erforschung des Schrifttums, der Folklore und der Sprache der Tadshikrepublik, das Mineralogische Institut eine Expedition zur Erkundung der Glimmervorkommen im Westsibirien.

Die Expeditionen sind im laufenden Jahre von der Sowjetregierung in Aussicht genommen: Das Zentrale Geophysische Observatorium entsendet eine Hochgebirgs-expedition, die sich im Kaukasus mit der Erforschung der ultravioletten Strahlen und des Ozongehaltes in den oberen Luftschichten beschäftigen wird. Das Geophysische Institut entsendet eine Expedition zur Erforschung der Magnetanomalien im Baluchistan. Eine Expedition des Anthropologischen Institutes an der I. Moskauer Universität wird sich mit anthropologischen Studien im Kaukasus, in Sibirien und im Wotjakengebiet beschäftigen. Eine Expedition des Institutes für Archäologie und Kunst begibt sich nach Usbekistan, um dort Kunstforschungen zu treiben; eine zweite Expedition des Institutes wird die patriarchalischen Lebensformen der nordischen Völkerschaften im Ural und in Sibirien studieren. Das Museum für orientalische Kultur entsendet eine Expedition zur Erforschung der Leppichweber in Turkestan, das Institut für ethnische und nationale Kulturen der Orientvölker eine Expedition zur Erforschung des Schrifttums, der Folklore und der Sprache der Tadshikrepublik, das Mineralogische Institut eine Expedition zur Erkundung der Glimmervorkommen im Westsibirien.

VERLANGT UEBERALL



Der lustige „Junior“.

Die Situation war folgende: Der Lager- raum einer größeren Warenhandlung, Frühstücks- zeit. Die Angestellten, Kommiss, Verkäufer und Arbeiter saßen auf Stühlen und Stühlen, Kräftern und Säcken herum und verzehrten ihre Stullen.

August ist 'ne Inorrigte Erscheinung, in der Jugend muß ihn mal eine Stiefelbürste auf den Kopf gefallen sein, das hinderte ihn jedoch nicht, seine Arbeit pflichtestrig und willig zu versehen.

Hand der Arbeiter August eines Tages seine Kaffeeflasche an Stelle von Malzkaffee mit Schmieröl angefüllt, nun so wußte er, dieses hatte der junge Herr Willy im Nebenraum seines traurigen Geistes getrunken. Die Flasche wurde entleert und gereinigt, in die Presse durfte der doch dem Sohn seines Arbeitgebers nicht schlagen.

In dieser Frühstückspause spielte sich nun folgendes ab: Willy fragte August, „ob er 10 Pfennige verdienen wolle“. „Ob August wollte! „Schön“, sagte die Kohnnase, „hier ist ein Geld- stück und hier ein Blechtrichter. Den Trichter mußt du vorne in die Hofen stecken, das Geld- stück bei zurückgebogenem Kopf auf die Stirn legen und versuchen, es mit einem Ruck in den Trichter zu schieben.“

„Donnerwetter, 's is doch Winter, junger Herr,“ sagte August mit verbissenerm Ingrimm und schladerete sich das kalte Wasser aus den Hofenbeinen, er pudte zwar mit der Hand, aber

befann sich noch, daß Willy der Sohn seines Ar- beitegebers ist.

„Es war ja nur ein Willy, August, komm, kriegst auch 'nen Schnaps, damit nich' frierst.“ August war in seiner Einfalt schon wieder halb verbohrt und griff nach dem Glas, kippte es runter und — spie die Flüssigkeit wieder aus, wobei er noch rechtzeitig Obacht gab, nicht den eleganten Anzug des Herrn Willy zu treffen.

Betrübt ging August an den Ofen, um seine Dose trocknen zu lassen. Der Herr Willy war in ausgezeichneter Laune, er war auf den Geschmack an guten Wizen gekommen und sah sich nach einem neuen Objekt um. Da lag der Hammer des Badmeisters Josef und Herr Willy wußte sofort einen neuen Willy. Er ging hin und durch- sägte den Hammerstiel so weit, daß dem Josef

Die Zigeuner.

Das geheimnisvolle Volk.

Man beziffert die Zahl der in Europa lebenden Zigeuner heute auf 600.000. Davon leben etwa 250.000 allein in der Balache in Rumänien. Aber auch in Ungarn sind die Zigeuner zum Teil anjäf- sig, während sie sonst nur als Nomaden bis in die entlegensten Winkel Europas kommen.

Trotz einer umfangreichen Literatur über Leben und Geschichte der Zigeuner ist es bisher noch immer nicht einwandfrei gelungen, die Herkunft der Zigeuner nachzuweisen. Ja, man weiß nicht einmal genau, wann sie eigentlich zuerst in Europa aufgetaucht sind. Noch im vorigen Jahrhundert war man der Ansicht, daß das erste Auftauchen der Zigeuner Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts erfolgte. Anfang des 15. Jahrhunderts, etwa zur Zeit des Konzils von Konstanz, tauchten in ganz Deutsch- land, vor allem in den Hansestädten, die ersten Zigeunerbanden auf, die damals großes Aufsehen er- regten. Sie kamen meist in größeren Trupps, die mit den Kindern bis zu 300 Köpfen zählten. Ihr Führer, der sich stolz als Herzog oder Graf titu- lierte, trug als Abzeichen seiner Würde eine große Peitsche über der Schulter, mit der er in seinem kleinen Volke Gerichtsbarkeit übte und Ordnung hielt. Er sah meist auf einem prächtigen Pferde, von dem die staunenden Bewunderer meist zu spät erfuhren, daß es am Ort des letzten Aufenthalts der Zigeunerbande gestohlen war, umgeben von einem Rudel von Hunden, die mit ebensoviel Ver- gnügen auf Dühner, Gänse, Flegeln und Schweinen Jagd machten wie auf die Tiere des Waldes. Die Führer dieser Trupps wichen einem Freibleib vor, der vom Kaiser Siegmund stammen sollte und ihnen zunächst überall die Tore öffnete, bis man dann nach kurzer Zeit bemerkte, daß diese Zigeunerbanden außer Betteln und Händelsuchen nur noch das Steh- len aus dem ff. verstanden. Nachdem bei der Be- völkerung das erste Staunen verschwunden war, verfolgte man dann die Zigeuner ebenso schnell wie entschlossen. Bei ihrem ersten Auftauchen erzähl- te sie, daß sie aus Ägypten kämen und dort von ihren Wohnsitzen verdrängt seien. Die Literatur hat ihnen das Jahrzehnte lang geglaubt und versucht, ihren Namen aus dem Worte Saragenen abzuleiten, hat ägyptische Sprachstämme in der Zigeunersprache zu entdecken versucht. Es ist ein lustiges Kapitel zur Illustration der Unantastbarkeit der Wissenschaft, das sich in diesen Dokumenten über die Geschichte und Sprache der Zigeuner vor unseren Augen auf- tut. Denn heute glaubt von den Wissenschaftlern niemand mehr, daß die Zigeuner aus Ägypten stammen und alle entdeckten ägyptischen Sprach- wurzeln sind damit als Unfug geworden.

beim ersten Schlag auf einen Nagel der Eisenteil des Hammers an den Schädel fliegen mußte.

Run, Josef ist ein anderes Format als August, ihn wurmte außerdem schon lange die dem August widerfahrene Behandlung durch Herrn Willy. Als er seinen präparierten Hammer sah, wußte er sofort den Urheber des Wizes, ging hin und vermobelte den angehenden so wichtigen Chef nach Strich und Faden. Der Arbeiter August fand später beim Ausfegen des Lagerraumes zwei herrenlose Zähne.

Die zweifellos gute Tat Josefs hatte zur Folge, daß er erstens seine Poststelle verlassen mußte, und zweitens eine Anklage wegen Kör- perverletzung vor Gericht. Die Sache mußte ver- tagt werden, da der Herr Willy wieder Wize machte. Er schrieb dem Gericht, er sei krank und könne als Zeuge nicht er- scheinen.

Der Arbeiter Josef wird wohl verurteilt werden, weshalb hat er auch in der heutigen, so überaus lustigen Zeit kein Verständnis für Wize. Bartolus.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Einheitliches Vorgehen der Angestellten der neugegründeten Prager Bank.

Wie uns von den Bankangestellten- organisationen mitgeteilt wird, haben am 26. März, die Vertrauenspersonenkollegien der Angestellten der Anglo-Cechoslov. Bank Prager Kreditbank und P. Kommerzial- bank ihre konkreten Beratungen unter Teilnahme der Vertreter der drei Organisationen (Verband der Bank- und Sparkassenbeamten, Zdruzeni penzionsho uřednictva und Fondistenvorband) begonnen. Zweck der Beratungen ist die Fest- setzung einheitlicher Forderungen zur Regelung der Angestelltenfragen in der neugegründeten Anglo-Cechoslov. und Prager Kreditbank. Grund- sätzlich wurde eine einheitliche Vorgehensweise vereinbart, insbesondere über die Zusam- menstellung der Anträge, die die For- derungen der Angestellten und die Modalitäten eines in der gemeinsamen Bank auszuschreiben- den freiwilligen Abbaues enthalten. Die Be- ratungen werden fortgesetzt und das vorbereitete Elaborat wird der Leitung des neuen Instituts in den nächsten Tagen vorgelegt werden.

Eingefendet.

Rechnungs-Abchluss

der Hypotečni banka Cestá (früher Hypothekbank des Königreiches Böhmen).

Die Hypothekendarlehen überschritten 1884 Mil- lionen, die Einlagen 730 Mill., Depot in Verwäh- rung 1559 Mill., eigene Fonds 46 Mill.

Aus dem Ertrag des vergangenen Jahres wur- den den Fonds 12 1/2 Mill. zugewiesen.

Die Direktion der Hypotečni banka Cestá ge- nehmigte in der Sitzung vom 26. März 1930 den Rechnungsabschluss für das Jahr 1929. Aus der Bilanz haben wir hervor:

Verlust und Gewinnkonto:

Empfang: Zinsen Ks 105,891,887.02, Regie- beiträge Ks 6,762,888.86, diverse Einnahmen Ks 2,946,022.29, Gewinn an Effekten Ks 5,616,962.50, Erlös der Realitäten Ks 226,598.75, Erlös der Reserve-Fonds Ks 478,868.30, im ganzen Ks 121,923,227.72.

Ausgaben: Zinsen Ks 92,271,359.67, Regie- auslagen Ks 11,654,006.86, Steuern und Gebühren Ks 1,702,298.98, Pensionen Ks 2,808,492.50, Abschreibungen Ks 917,878.42, Zuteilung dem Pen- sionsversicherungsfonds Ks 12,209,100.—, Zuteilungen des Fonds als Gewinn Ks 360,091.34, im ganzen Ks 121,923,227.72.

Bilanz-Konto:

Aktiva: Kassa Ks 6,942,298.75, sofort- fällige Forderungen Ks 128,558,923.14, Wechsel Ks 85,793,848.75, Effekten Ks 373,145,765.98, Hypo- thekendarlehen Ks 1,884,105,601.34, Schatzbriefe Ks 62,520,107.69, Realitäten Ks 38,569,371.60, Inventar Ks 2.—, Werte der Reservefonds Ks 8,892,420.—, durchlaufende Aktiva Ks 10,315,209.94, Wertpapiere in Verwahrung Ks 1,589,104,224.05, im ganzen Ks 3,687,887,268.24.

Passiva: Eigene Reserven Ks 46,769,578.—, Betriebsfonds der Filiale in Bratislava Ks 16,000,000.—, Pfandbriefe eigener Emission Ks 1,216,845,500.—, nicht ausgezahlte Kupons Ks 850,153.75, Einlagen auf Büchel und in lau- fender Rechnung Ks 730,067,775.90, Gläubiger Ks 16,620,721.85, vorverkaufte Pfandbriefe Ks 7,700,000.—, durchlauf. Passiva Ks 33,929,014.69, Wertpapiere in Verwahrung Ks 1,589,104,224.05, im ganzen Ks 3,687,887,268.24.

Auch im verflohenen Jahre war die An- spruchnahme der Bank in Gewährung von lang- fristigem Hypothekendarlehen außerordentlich groß. — Zur Finanzierung der Baubewegung wurden 182 Millionen ausgezahlt, für die Bodenreform 59 Mill., für die Elektrifizierung 70 Mill. Im ganzen wur- den im abgelaufenen Jahre Hypothekendarlehen in der Höhe von Ks 391,314,211.67 ausgezahlt (außer den Elektrifizierungsdarlehen) und der Stand der Hypothekendarlehen erreichte die Summe von Ks 1,884,105,601.34, hievon entfielen auf das Gebiet der Slowakei und Karpathenland Ks 248,912,050.92. Die Mängel der Grundbücher und der Kataster auf dem eben genannten Gebiete, welche anfangs der Bank große Hindernisse in den Weg legten, wurden in der fünfjährigen, geduligen Arbeit überwunden, so daß heute die Slowakei und Karpathenland unter den gleichen Bedingungen und in gleichem Maße den rationalen Hypothekendarlehen entgegen, wie das Land Böhmen.

Die Emissionen der eigenen Pfandbriefe er- zeigten die Höhe von Ks 1,254,545,500.—, die Emissionen der Elektrifizierungsdarlehen Ks 247,000,000.—. Die Spargentigen Pfandbriefe er- freuen sich zufolge ihrer Sicherheit und hoher Rentabilität großer Beliebtheit und bringen in die weitesten Volksschichten der Sparer.

Die Einlagen stiegen im vergangenen Jahre auf Ks 730,067,775.90. Der Stand der Effekten in Verwahrung und Verwahrung der Bank betrug Ks 1,589,104,224.05. Von je Ks 118.— Einlagen war der Betrag von Ks 100.— mit gleich realisiert- baren mobilen Aktiven gedeckt.

Die Regie ist mäßig zurückgegangen. Die Regie- einnahmen per Ks 12,669,191.34 sind im Vergleich zum Vorjahre bedeutend größer und wurde der ganze Betrag den eigenen Fonds, welche nunmehr die Höhe von Ks 46,769,578.— erreichten, zugewie- 607

Das Gespenst des Eismeres

SPD. Drei Tage trieben wir uns schon ohne Dampf auf der Stolpenbank herum. Die Stolpenbank ist ein ungeheurer großer Fischfang- platz im Nordlichen Eismeer, ungefähr vierhun- dert Seemeilen nördlich von Archangelsk.

Der Sturm raste aus Nordwest in Stärke 11. Unser Bordbordfanggerät war zerschlagen, an Fischen war nicht zu denken; das einzige, was uns zu tun übrig blieb, war, daß wir das Ruder gegen die See hielten.

Die Mannschaft war vollkommen erschöpft — dreizehn Tage lang hatten wir Tag und Nacht gefischt — seit drei Tagen wütete der Sturm. Die Maschine hatten wir abstellen müssen, weil bei diesem Höllemtan; Schraube und Kessel in Gefahr waren. Hob sich das Schiff auf den Ramm einer See, dann raste die Schraube ohne Wasserwiderstand in der Luft — die Kolben der Maschine konnten dieser Belastung nicht stand- halten.

Klaus, der Bootsmann, hatte sich an die Ruderpinne festgebunden; er war naß wie eine gebadete Katze. Die See hatte die Brückenseiter eingeschlagen — jeder überkommende Brecher peitschte in Brücke und Kartenhaus. Die See machte „Kein Schiff“. — Der Kapitän stand auf der Brücke. Seine Augen waren zu schmalen Spalt geknickt. Er beobachtete unausgesetzt eine dunkle, geballte Wolkenbank, die im Norden stand und mit großer Geschwindigkeit näher kam. „Schnee“, knurrte er. — Es schneite. Nicht mit einzelnen Floden; der Schnee kam vom Himmel wie ein dichter, undurchdringlicher Vorhang. Wir sahen — nicht mehr. Nicht das Licht vom Rotenlorenz, nicht den Vordermast dicht vor uns, — wir sahen nichts als Schnee. Der Kapi- tän drückte alle zehn Sekunden auf den „Klingel“-Knopf: „Vorwärts — Schiff!“ — Vorwärts —

— Schiff!“ Dann leuchtete matt an der Vorder- mastspitze unser Vorzeichen auf. Ich fragte: „Hat denn das einen Zweck?“ — „Zweck?“ — „fauchte mich der Kapitän an. „Es hat auch keinen Zweck, daß Sie hier auf der Brücke stehen!“

Die Stimmung war „geladen“, die Nerven waren zum Zerreißen angepannt. Jedes Wort wurde zu viel. Man sprach nur das Notwendigste. Und auch das klang dem Knurren eines Hundes ähnlicher, dem man einen Knochen weggenom- men hat.

Der Sturm raste in unverminderter Gewalt. „Luden — — zuum!“ schrie der erste Maschinist durch das Sprachrohr nach der Brücke. „Wasser im Maschinenraum!“

Jens, der Regmacher, schlingerte die Halle- taue entlang, um die Bullaugen über dem Kessel- hause festzuschrauben.

Da — — was war das — —? Ein unter- drückter Schrei klang durch das Brausen des Sturmes. „Hihi — —!“; dann war's — — vorbei.

Eine See hatte Jens gegen das Kesselhaus geschleudert, — die zweite spülte ihn über Bord — —. Hinaus in die brodelnde See flog ein Rettungsring. — Wo — —? Der Kapitän ließ den Kopf langsam sinken. Wir wußten alle, daß Jens nie mehr wieder kam. — Jeder sprach an seinem Plage, wo er stand, ein kurzes Gebet. Der Kapitän ging ins Kartenhaus und schrieb ins Journal: „Jens Broh, 4.30 Uhr über Bord gespült.“

Das Barometer stieg; doch das Thermometer fiel — 18 — 24 — 29 — — 36 — — 42 Grad unter Null! Der Himmel härtete sich auf, aber die See lockte unvermindert im Sturm, und jedesmal, wenn die „Brandenburg“ ihre Nase ins Meer steckte, kam das Schiff schwer und schwerer — — did mit Eis beschlagen — wieder hoch. Das unheimliche Gespenst des Eismeres hatte uns in den Krallen: die Gefahr des „Nie-

derensens!“ — „Auch — — das noch — —“; die Stimme des Kapitäns klang nutzlos — müde. Die Mannschaft arbeitete mit Bienen und Beilen: „Eisab!“ Doch das Schiff sank immer tiefer und tiefer. — Da fachte der Kapitän einen kurzen Entschluß. „Westwärts, — zwei Strich zu West!“ — „Maschine volle Kraft voraus!“ — Wir dampften; und wir wußten alle: Schrauben- bruch oder Kolbenbruch — oder wir eissen nieder.

Noch ein Bieres gab es, und das war un- sere einzige Hoffnung: wir kamen weiter westlich aus der Eiszone ohne Havarie heraus. — Wir hielten Kurs. Wir mußten Kurs halten; der Sturm aber raste aus Nordwest, so daß die Seen steuerbordsüber das Kartenhaus hinwegschlugen. Minuten wurden zu Ewigkeiten; daß der alte Kapitän hielt, war ein erstaunliches Wunder. — Da — —, das Thermometer stieg. — 30 — — 22 — — nur noch 16 Grad unter Null; — schon fachte das Schiff nicht mehr so schwer, — schon war die Reeling zeitweise über Wasser — und da brach die Schraubenwelle! Wir peilten Posi- tion. Ist ja Quatsch, dachten wir alle zu gleicher Zeit. Und dann dachten wir: Gute Nacht, Schiff; jetzt ist's richtig. —

Und dann? — Dann geschah das Wunder: In dieser Wasserwüste, wo man oft Monate hindurch keinem Schiff begegnet, — 300 Meilen von der vereisten Küste entfernt, — trafen wir auf einen englischen Öteringslogger! — Er nahm uns ins Schlepptau und brachte uns bis nach Tromsø, wo wir ins Dod gingen. Und es war eigenartig; es ging uns allen, glaube ich, so: Erst als wir festes Land unter unseren Füßen fühl- ten, glaubten wir an unsere Rettung! — Sie war zu unwahrscheinlich gewesen. —

Nach behelfsmäßiger Reparatur ließen wir den Heimathafen an. Der halbmaßgefeste Wim- pel hing schlaff hernieder. Am Vorschiff stand eine alte Frau und weinte. Es war die Mutter von Jens Broh. D. G.

